

SPD Marburg · Biegenstraße 33 · 35037 Marburg

An das
Marburger Bündnis „Nein zum Krieg!“
Herrn Rüdiger Stolzenberg

Die Marburger SPD

Thorsten Büchner

Vorsitzender

Biegenstraße 33

35037 Marburg

Tel.: (06421) 169900

E-Mail: geschaeftsstelle@spd-marburg.de

www.spd-marburg.de

Wahlprüfsteine des Marburger Bündnisses „Nein zum Krieg!“

Marburg, im März 2021

Stellungnahme der Marburger SPD

Vorbemerkung

Die Marburger SPD hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eindeutig zu Fragen der Friedenspolitik und zur Anwendung von Gewalt in Konflikten positioniert. Trotzdem müssen wir anerkennen, dass die Bundeswehr existiert und dass das Völkerrecht die Austragung bewaffneter Konflikte unter bestimmten Bedingungen zulässt. Wir erleben die Spannung zwischen grundsätzlicher Haltung und Anerkennung realer politischer Verhältnisse. Wir erleben, dass Soldat*innen durch Beschlüsse des Bundestages in bewaffnete Konflikte geschickt werden. Solange diese Spannung besteht, muss die Ausrüstung der Bundeswehr auf hohem Niveau erfolgen, weil dies dem Schutz der Soldat*innen dient. Das ändert nichts daran, dass unser politisches Bestreben darin besteht, Krieg und Gewalt als Mittel von Politik zu ächten.

1. Ausbau der Beteiligung – in Kooperation mit unserer Partnerstadt Eisenach – im internationalen Städtebündnis „Mayors for Peace“

Marburg ist seit vielen Jahren Mitglied im Städtebündnis „Mayors for Peace“. Über 350 Städte in Deutschland und 7.000 weltweit sind dort versammelt. Seitdem wird jährlich am Tag des Abwurfs der Atombombe auf Hiroshima am 6. August 1945 das Rathaus grün beflaggt, um ein Zeichen für eine Welt ohne Atomwaffen zu setzen.

Die Marburger SPD unterstützt das Ansinnen, im internationalen Städtebündnis eine aktivere Rolle einzunehmen und dies gemeinsam mit unserer Partnerstadt Eisenach voranzubringen. Eisenach ist eine wichtige Stätte der Sozialdemokratie; diese hat sich – bei allen Fehlern in konkreten Situationen in der Vergangenheit – für Frieden und Völkerverständigung eingesetzt.

2. Unterstützung des ICAN-Städteappells mit der Forderung, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten

Marburg hat den ICAN-Städteappell mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22. Februar 2019 unterstützt. Die Marburger SPD hat den entsprechenden Antrag mit beschlossen. Die Beschlussfassung hat überdies gezeigt, dass die politische Konstellation die Marburger SPD nicht davon abhält, für ihre Grundsätze einzustehen und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

3. Unterstützung der Forderung „Abrüsten statt Aufrüsten!“

Die Marburger SPD unterstützt die Forderung. Zugleich wissen wir um anderslautende Beschlüsse resp. Haltungen in der Partei in anderen Gliederungen, auf anderen Ebenen und in Konstellationen der Beteiligung an Regierungen. Das ist für uns Ansporn, uns in der SPD für eine aktive Friedenspolitik einzusetzen.

4. Positionierung gegen die Anschaffung atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge und bewaffneter Drohnen

Die Marburger SPD lehnt atomwaffenfähige Kampfflugzeuge und bewaffnete Drohnen in Verantwortung der Bundeswehr ab. Zugleich wissen wir um anderslautende Positionen in der Partei. Wir wollen nicht, dass eine technisch perfektionierte Kriegsführung den Einsatz militärischer Gewalt fördert, weil ein „sauberer Krieg“ geführt werden kann. Wir wollen keine atomare Bewaffnung unserer Streitkräfte.

5. Förderung der Friedenserziehung in Kitas, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung

Die Marburger SPD will, dass Erziehung zur Gewaltlosigkeit und zur gewaltlosen Lösung von Konflikten zu den Erziehungszielen in den Bildungseinrichtungen gehört. Wir wollen, dass Alternativen zur Konfliktlösung mittels Gewalt gelernt und erprobt werden. Wir lehnen Rüstungsforschung ab.

6. Unterstützung örtlicher Friedensinitiativen und zivilgesellschaftlicher Initiativen, die sich für die Aufnahme und soziale Integration von Geflüchteten einsetzen

Die Marburger SPD setzt sich für die Unterstützung aller Initiativen ein, die sich für Aufnahme und Integration von Geflüchteten engagieren. Wir unterstützen die Forderung „200 nach Marburg“ und sind Teil des Netzwerks Sichere Häfen. Für das Engagement wird Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies mit dem Göttinger Friedenspreis ausgezeichnet.

Die Marburger SPD kritisiert die restriktive Abschottungspolitik der Europäischen Union gegenüber Menschen auf der Flucht, weil dies den Werten Europas – Wahrung der Menschenwürde und Achtung der Menschenrechte – widerspricht.

7. Kein Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen sowie öffentlichen Werbeflächen zu Werbezwecken!

In dieser Frage ist die Haltung der Marburger SPD nicht einheitlich. Es gibt viele Genoss*innen, die diese Forderung teilen und dabei auf die lange und eindeutige friedenspolitische Haltung der SPD in Marburg

verweisen. Andere sind sich in der grundsätzlichen Ablehnung von Krieg und Gewalt einig, sehen aber die Bundeswehr als Teil der Gesellschaft, sodass sie auch nicht ausgeschlossen werden darf. Die Frage, ob Soldat*in als „Beruf“ anzusehen ist, wird kontrovers diskutiert.

Einig ist sich die Marburger SPD darin, dass die Bundeswehr als Parlamentsarmee demokratisch kontrolliert werden muss und dass die Bundeswehr ihrem ursprünglichen Auftrag, Frieden zu erhalten, gerecht werden muss. Das schließt die Verharmlosung von Krieg und Morden von Menschen als Teil der Aufgabe einer Armee aus. Eine Abschottung der Bundeswehr aus der Gesellschaft sehen wir skeptisch. Wir wollen nicht, dass die Bundeswehr als Berufsarmee von Menschen bestimmt wird, die sich nicht kritisch mit der Rolle des Militärs und des Militarismus auseinandergesetzt haben. Diese kritische Auseinandersetzung gelingt am ehesten im offenen Dialog. Nicht geeignet sind hingegen öffentliche Werbekampagnen; dies hat die Marburger SPD-Fraktion in einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30. August 2019 dokumentiert.

Gerade gegenüber jungen Menschen muss neben der klaren Orientierung auf Frieden auch deutlich gemacht werden, welche gravierenden Schäden an Körper und Seele gerade junge Menschen durch die Mitwirkung an militärischen Einsätzen nehmen können.